



Dokumentation

JoG-Konferenz

vom 05.12-07.12.07
anlässlich der IMK in Berlin



... und wieder auf die Straße!

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Jahren haben sich viele Menschen für ein ganzes Bleiberecht und die vollständige Umsetzung der UNO Kinderrechte eingesetzt.

Der breite Druck der Öffentlichkeit ist auch an den Politikerinnen und Politikern nicht spurlos vorüber gegangen.

Am 14.6.07 hat der Bundestag „ein bisschen Bleiberecht“ beschlossen.

„Ein bisschen Bleiberecht“ deshalb, weil weiterhin der politische Wille fehlt, einen sofortigen Abschiebestopp zu verhängen, ein ganzes Bleiberecht zu verabschieden und endlich Kinder- und Menschenrechte auch in der Bundesrepublik ernsthaft und vollständig umzusetzen.

So war es fast selbstverständlich, dass wir die IMK in Berlin im Dezember zum Anlass nahmen, auf diese Missstände aufmerksam zu machen: mit einer Pressekonferenz, einem Treffen der Jugendlichen ohne Grenzen und einer Demonstration durch Berlin.

Wie alles genau ablief steht auf den nächsten Seiten.

Philipp Harpain

Aktionsprogramm Hier geblieben!
GRIPS Theater



Inhaltsangabe

...und wieder auf die Straße.....	1
Inhaltsangabe	2
Goldene Route für Schünemann	3
Protokoll vom 05.12.2007	4
Protokoll vom 07.12.2007	5
Pressekonferenz am 06.12.07 in Berlin	7
Protokoll Pressekonferenz am 06.12.07 in der Schiller-Theater-Werkstatt	8
Laudatio auf den „Besten Abschiebeminister 2007“	11
Pressemitteilung 05.12.2007	13
Ablauf Demo.....	14
Demoplakat	15
Berichte zum Thema	16
Impressum.....	22



Goldene Route für Schünemann von Sara (JoG-Bayern)

Am 6. Dezember versammelten sich ca. 600 Menschen am Alexanderplatz in Berlin um gemeinsam gegen die rassistische und menschenrechtsverletzende Ausländerpolitik Deutschlands zu demonstrieren.

Jeden Tag werden Menschen in Länder abgeschoben in denen ihr Leben nicht sicher ist. Sei es der Irak, in dem immer noch Kriegsbedingungen herrschen oder Länder in denen Jagd auf Minderheiten gemacht wird. Länder an die sich viele nicht oder kaum erinnern können und deren Sprache sie teilweise gar nicht sprechen.

Viele fühlen sich trotz der prekären Lebensumstände in Deutschland zu hause, sie haben sich ein Leben aufgebaut und wollen hier bleiben.

Und obwohl sie gut integriert sind, was auch immer das bedeuten soll, Arbeit haben oder zu Schule gehen, sind sie von der Abschiebung bedroht und Leben mit der Angst abgeschoben zu werden.

Für die Behörden aus den Augen aus dem Sinn, für die Betroffenen eine Katastrophe.

Unsere Forderungen sind vor Allem ein Bleiberecht für alle die seit Jahren hier leben, ein Abschiebestopp in Kriegsgebiete und die vollständige Ratifizierung der UN - Kinderrechte.

Wie schon im letzten Jahr in Nürnberg gaben sich „die Innenminister“ wieder die Ehre an unserer Demonstration teilzunehmen.

Vielleicht war das keine so gute Idee!? Schließlich ist am 6. Dezember Nikolaus Tag und was macht der liebe Nikolaus mit unartigen Kindern?

Für die Innenminister gab es die Route, für die Demonstranten Engelsgesang... .

Nach der Party ging es ab ins Bethanien, dort gab es noch Essen, Tanz, Gesang und Bildung (in Form von Filmen, Diaschau und einer Ausstellung, alles rund ums Thema: Migration, Asyl und Flucht).

Wie das nun mal so ist hat JOG mehr zu bieten als eine Demonstration und eine After - Party. Um die Demo herum gab es für die JOG - Jugendlichen noch einiges mehr. Vor der Demo nahmen zwei Jugendliche an einer Pressekonferenz im GRIPS Theater teil, eine Radio Interview wurde kurz darauf im Radio Multikulti gesendet. Währenddessen wurden in der Burg die letzten Demovorbereitungen getroffen.

Am Abend davor wurde im Gremium noch der Abschiebeminister 2008 gewählt: es war sehr knapp, Herr Schünemann aus Niedersachsen und Herr Bouffiel aus Hessen lieferten sich ein Kopf an Kopf-Rennen aus dem Herr Schünemann als Sieger hervor ging. Das heißt: TATATATAAAAA " Die goldene Route für Herrn Schünemann". Herr Körting gab sich die Ehre und empfing am Donnerstag Abend eine Delegation von JOG um den Preis entgegen zu nehmen.

Am Freitag gab es ein köstliches Frühstück auf der Burg und ein sehr produktives Vernetzungstreffen mit vielen tollen Ideen für das Jahr 2008... .



Protokoll vom 05.12.2007

Anwesende TeilnehmerInnen aus:

Hamburg, Berlin, Bayern, Sachsen, Hessen, Mecklenburg Vorpommern, Brandenburg

Planung für 06. und 07. Dezember in Berlin

Freitag:

Frühstück und Besprechung: Wie in Zukunft; Reflexion vom 06.12.2007

Donnerstag:

- 10:00 Pressekonferenz in der Schillertheaterwerkstatt, 2 Jugendliche (Christine schreibt mit; Aferdite und Ismail)
- parallel in der Burg Demoreden und Innenminister-Päckchen vorbereiten
- 15:30 Abfahrt, 17 Uhr Demo Beginn Weltzeituhr, Alexanderplatz
- Auftaktkundgebung: Appell (Danae); JOG Rede (Sara (Sachsen) und Hadi), Pro Asyl Aufruf (Ibo und Aferdite)
- Nikolaus Spektakel, UNICEF Vertreter aus Berlin, Gesang, Lise Lotte XXL
- 20:00 Preisverleihung
- Abschlusskundgebung: Open - Mic; EU-Außengrenzen (Tobi und Jacob); Begründung der Wahl des Abschiebeministers (Mohammed), KerzenSpektakel
- Abendprogramm im Bethanien

1. Wahl des Abschiebeministers 2007: Schünemann (Niedersachsen) ganz knapp vor Bouffier (Hessen)

Delegation zu Herrn Körting: Sara (Sachsen), Sara (Bayern), Hadi, Ibo; Geschenk: Goldene Route für Schünemann und Mützen für alle anderen



Protokoll vom 07.12.2007 (Nachbesprechung vom 06. Dezember 2007)

Pressekonferenz

Anwesende: JOG: Ismail und Aferdite
 GRIPS Theater : Philipp
 Pro Asyl: Bernd
 Berliner Flüchtlingsrat: Jens-Uwe
 Presse: RTL/NTV; Radio Multikulti; TAZ; und noch zwei Zeitungs-Journalisten (Radio Interview mit Ismail und Aferdite wurde am selben Tag ausgestrahlt.)

Demovorbereitung

Es war sehr gut im Vorhinein soviel Zeit für das Vorbereiten der Reden zu haben, sollte in Zukunft immer so gehandhabt werden.

Demo



- Nikolaus – Aktion hat sehr gut geklappt, hat allen Spaß gemacht und kam sehr gut bei der Öffentlichkeit an
- Moderation auf dem Lautsprecherwagen mit Engeln war super
- Alle Redebeiträge waren sehr gut
- es waren viele Leute da
- ungewöhnlich: das große Bündnis, viele verschiedene Gruppen aus Berlin
- Problem: die Route wurde spontan geändert, einige Leute haben die Demo nicht gefunden
- Preisübergabe an Körting
- JOG: Ibo hat Herrn Körting begrüßt, erzählt warum wir da sind; Sara hat erzählt warum Herr Schünemann den Preis des Abschiebeminister 2008 erhält; Hadi hat über seinen Fall erzählt
- Körting hat das zur Kenntnis genommen
- Berlin hat UNO - Kinderrechte vollständig zu ratifizieren
- Preisübergabe an Herrn Körting (Goldene Route für Herrn Schünemann und Hiergeblieben-Mützen für alle anderen als Trostpreise) und Verabschiedung



Bethanien

- Ausstellung war gut
- es waren viele Leute da
- Bands waren gut
- Filme waren gut
- Essen hat nicht für alle gereicht

Kritik:

- mehr Absprache wie was läuft, Presse fragen wann was gesendet oder veröffentlicht wird
- Wege in Berlin sind immer sehr lang

Planung und Vorschläge für 2008

- Vernetzungstreffen in München, Thema Grafik und Internet 14. – 16. März 2008
- Vernetzungstreffen zu Pressearbeit
- Vernetzungstreffen zu Wahl des Abschiebeministers am Ende des Jahres (Wahl im Internet, richtig schick machen, Galaabend, prominente Gäste..., 2 Tage nicht inhaltlich) mit Vorbereitungstreffen
- Konferenz 2008 ist noch nicht klar wo, wann und wer
- Tag des Mauerfalls, Bundesweite Aktion gegen Residenzpflicht, Mauern aufzeigen....

Probleme in den JOG Gruppen

- Wenig Leute in Berlin/Brandenburg (ca. 8 Leute)
- JOG-Mec/Pom möchte eine größere aktive JOG Gruppe gründen
- Viele Leute von JOG haben jetzt Bleiberecht und müssen arbeiten oder eine Ausbildung machen, haben deshalb weniger Zeit





Pressekonferenz am 06.12.07 in Berlin

Ismail und ich, Aferdite, sollten JoG vor der Presse vertreten.

Außerdem waren auch Bernd Mesovic von Pro Asyl und Jens-Uwe Thomas vom Berliner Flüchtlingsrat da.

Als wir in der Schiller-Theater-Werkstatt ankamen, saß ein Teil der Presse wie n-tv, RTL und der Radiosender Multikulti bereits zwischen den selbst gebauten Innenministern.

Ismail und ich gingen noch einmal gemeinsam unsere Informationen durch und dann ging es auch schon los.

Philipp vom GRIPS Theater übernahm die Moderation und erklärte die Konferenz für eröffnet.

Bernd Mesovic berichtete erst einmal allgemein, wie die Lage in Deutschland aussähe und außerdem appellierte er für einen Abschiebestopp in den Kosovo, da aktuell im Kosovo die Lage nicht sicher sei.

Jens-Uwe Thomas informierte über die Situation in Berlin und zum Schluss stellten sie ihre Forderungen an die Innenminister.

Nun kamen auch wir dran.

Zu Beginn stellte ich kurz JoG vor und die Problematik über die Residenzpflicht, weswegen viele der Jugendlichen nicht an unseren Konferenzen teilnehmen können.

Ismail berichtete über Hadi, den die Ausländerbehörde ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass seine Genehmigung an dieser Konferenz nur einmalig ist.

Außerdem erzählten wir über aktuelle Fälle in Hessen, Niedersachsen und Berlin.

Anschließend dazu gaben wir den Abschiebeminister 2007 bekannt: Uwe Schünemann aus Niedersachsen.

Herr Schünemann hat nämlich keine Abschiebungen verhindert und hat eine junge Frau, die seit 18 Jahren in Deutschland gelebt hat, obwohl sie die Kriterien der Bleiberechtsregelung erfüllen würde, vor Eintritt der Bleiberechtsregelung abgeschoben.

Nach zwei Rückfragen aus dem Publikum, die von Bernd und Jens-Uwe Thomas beantwortet wurden, war die Pressekonferenz zu Ende.

Zum Schluss ging es mit einem Interview für den Radiosender Multikulti weiter.

Ismail, Jens-Uwe Thomas und ich beantworteten fleißig die Fragen und machten uns danach auf den Weg, um die Demonstration vorzubereiten.

Aferdite Hasanaj, Hessen





Protokoll Pressekonferenz am 06.12.07 in der Schiller-Theater-Werkstatt

1. Grußworte von Philipp

- Vorstellung des Stückes Hiergeblieben
- Vorstellung der einzelnen Vertreter
- Verkündung des Preises für den besten Abschiebeminister
- Hinweis auf die Demo

2. Bernd Mesovic von Pro Asyl

Allgemein

- Schwerpunkt der Kampagne ist seit 5 Jahren Bleiberecht
- auf der Tagesordnung der Innenminister stehen keine migrationspolitischen Fragen
- Pro Asyl formuliert Anliegen an die Innenminister → diese nehmen nichts vom „Wunschzettel“ in ihr Programm auf

Bleiberecht Bundesweit

- nach einem Jahr neuer Bleiberechtsregelung wurden die Hoffnungen immer noch nicht erfüllt
- angekündigt wurden ca. 60000 Aufenthalte, diese Zahl ist noch lang nicht erreicht
- selbst optimistisch gedacht wird jeder Zweite keinen Aufenthalt erhalten
- Bleiberechtsregelung schließt sehr viele Menschen aus, da sie sehr eng gefasst ist
- viele Bundesländer haben das Bleiberecht nur sehr dürftig umgesetzt (wie z.B. das Saarland)
- in anderen Bundesländern sieht es jedoch besser aus (in Bayern haben z.B. 47 % der Leute, die den Stichtag erfüllt haben eine Aufenthaltserlaubnis erhalten)
- auch innerhalb der Bundesländer variiert die Ausführung der Bleiberechtsregelung von Ausländerbehörde zu Ausländerbehörde
- sehr enge und harte Auslegung der Regelung ist häufig
- auch die bundesgesetzliche Regelung wird die Probleme nicht beseitigen
→ viele Problemgruppen fallen nicht ins Gesetz

Innenministerkonferenz

- haben versäumt sich zu beschäftigen mit:
 - Abschiebung von Straftätern in den Nordirak (gemeint sind nicht Schwerekriminelle, sondern auch Leute, die wegen Delikten wie mehrfachen Schwarzfahrens usw. abgeschoben werden) → diesen droht im Irak nicht selten Gefängnis, Folter etc.
 - Thema Straftäter muss auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz
 - Unklare Situation im Kosovo → Forderung eines Abschiebestopps dorthin
 - Abschiebestopp in den Osten Sri Lankas wird nicht umgesetzt, sondern nur darauf hingewiesen, dass die betroffenen Personen die Möglichkeit haben einen Folgeantrag zu stellen
 - Forderung: Abschiebestopp durchführen und aufs ganze Land ausweiten



3. Jens-Uwe Thomas

Berliner Situation

- seit einigen Jahren großes Engagement für Bleiberecht in Berlin
 - klare Missverhältnisse
- Bleiberechtsregelung in Berlin nicht akzeptabel
 - Erwartungen wurden nicht erfüllt
- Berlin befindet sich an Tabellenende bei der Durchführung des Bleiberechts (580 vergebene Bleiberechte ist weit entfernt von der weitaus positiveren Prognose, nur 6,5 % bekommen Aufenthalt)
- in Berlin wurden über 2000 Anträge noch gar nicht bearbeitet
- die Ausländerbehörde setzt das Gesetz nur sehr zögerlich um
- Herangehensweise der Behörde selbst hemmt Umsetzung der Gesetze
- Bearbeitung der Anträge verzögert sich:
 - Beharrung auf Passpflicht
 - wenn ein Familienmitglied falsche Angaben macht, wird die ganze Familie abgeschoben (sog. Sippenhaftung)
- auch andere Bundesländer, wie Niedersachsen, agieren sehr hart (Ablehnung aufgrund von Täuschung, Behinderung, Verzögerung usw.)
- es ist sehr schwierig in die Bleiberechtsregelung rein zu kommen

Forderungen an gesetzliche Regelung

- Informationspflicht besser nachzukommen
- Sippenhaftung aufgeben
- Bleiberecht für alte, kranke, erwerbsunfähige Menschen
- humanitäre Aspekte
- Einreisestichtag fallen lassen





4. Aferdite und Ismail von JoG

- JoG ist eine Initiative von jugendlichen Flüchtlingen, die seit zweieinhalb Jahren besteht
- sie kämpfen für ihre Rechte
- viele konnten wegen der Residenzpflicht nicht kommen
- ein Kollege darf ab jetzt nicht mehr bei der JoG dabei sein

Wahl des Abschiebeministers 2007

- wurde am Tag vorher abgestimmt
- Niedersachsen hat die goldene Route gewonnen
→ Grund dafür: Herr Schünemann trägt nicht dazu bei, dass die Lebenssituation verbessert wird
- dicht gefolgt von Herrn Bouffier aus Hessen
- aktuelle Fälle werden vorgestellt

Forderungen von JoG

- Verbesserung der Lebensbedingungen
- Abschaffung des Stichtags
- Lösung zum Bleiberecht
- Abschiebestopp in Kriegsgebiete, wie z.B. den Irak
- Umsetzung der UNO-Kinderrechte

5. Fragen der Journalisten

1. *Politiker brauchen einen Rahmen für ihr Gesetz. Wie stellen Sie sich das praktisch vor ohne Stichtag?*
2. *Wie beurteilen Sie das Verhalten Bayerns?*
3. *Wann wird das Thema Bleiberecht das nächste Mal auf einer Innenministerkonferenz diskutiert?*

zu 1.

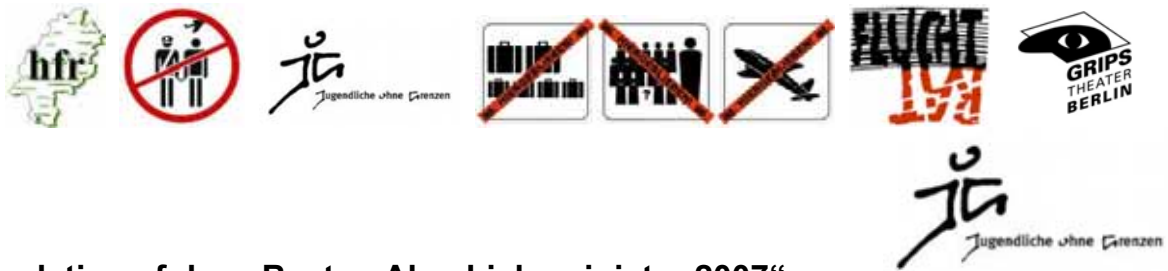
- Problem des Stichtags: Es fällt immer jemand raus, wenn jemand eine bestimmte Zeit hier ist, müsste dieser auch hier bleiben dürfen
- bei bestimmten Problemgruppen wie z.B. minderjährigen Flüchtlingen sollte dies schneller geschehen

zu 2.

- Bayern ist ungewöhnlich schnell und effizient
- hier wird das Gesetz relativ gut umgesetzt
→ wohingegen andere Bundesländer noch an Härte draufgeschlagen haben
- dies könnte auch daran liegen, dass letztes Jahr Bayerns Innenminister Beckstein bester Abschiebeminister geworden ist

Zu 3.

- in Berlin nach einem Jahr neuer Regelung
- es gab auch schon Innenministerkonferenzen, auf denen es diskutiert wurde ohne auf der Tagesordnung zu stehen
- das alte Bleiberecht wurde unzureichend besprochen



Laudatio auf den „Besten Abschiebeminister 2007“

Sehr geehrte Innenminister! Sehr geehrter Herr Schünemann!

Gestern haben wir, die Jugendlichen ohne Grenzen, den „Besten Abschiebeminister 2007“ gewählt. Und, wie sie sicher schon erraten haben, ist unsere Wahl auf Sie, Herr Schünemann, gefallen. Damit lösen Sie ihren Kollegen Herrn Beckstein ab.

Doch müssen Sie, liebe Innenminister der anderen Länder, nicht traurig sein. Ich kann ihnen verraten: Die Wahl war dieses Jahr wieder sehr knapp. Sie alle haben viel Potential, es im nächsten Jahr zu schaffen. Keine Sorge!

Doch unsere Wahl fiel auf Herrn Schünemann. Warum?

Herr Schünemann hat sich in herausragender Weise gegen eine gerechte Bleiberechtsregelung verdient gemacht aus den folgenden Gründen:

Herr Schünemann hat wesentlich dazu beigetragen, dass die im November 2006 von der Innenministerkonferenz verabschiedete Bleiberechtsregelung so begrenzt und unzureichend ist, wie sie ist.

Herr Schünemann hat gemeinsam mit seinem Amtsvorgänger als „Bester Abschiebeminister“, Günther Beckstein, verhindert, dass betroffene Flüchtlinge zunächst eine Aufenthaltserlaubnis mit Arbeitserlaubnis erhalten. Damit wurde die „Duldung zur Arbeitsplatzsuche“ als Grundlage der Bleiberechtsregelung geschaffen, was die Situation vieler Flüchtlinge verschärft.

Herr Schünemann hat erfolgreich die Arbeit der Härtefallkommission torpediert. Seit ihrer Konstituierung im September 2006 hat die Kommission lediglich über neun Anträge entschieden. Dies zeigt, dass der Zugang zu diesem Gremium in Niedersachsen erheblich erschwert wird.

Angesichts dieser in der Bundesrepublik einmaligen negativen Bilanz haben Vertreter der Wohlfahrtsverbände ihren Rückzug aus der Kommission zum Jahresende angekündigt.

Herr Schünemann ist mitverantwortlich dafür, dass für die Umsetzung der gesetzlichen Altfallregelung in Niedersachsen äußerst restriktive Vorgaben gemacht wurden. Die Landesregierung hat eine ganze Liste von Ausschlussgründen erarbeitet. So sollen zum Beispiel Flüchtlinge, die ihren Pass nicht rechtzeitig vorgelegt oder sich nicht eigeninitiativ um die Beschaffung von Abschiebungspapieren bemüht haben, ausgeschlossen werden.

Auch Personen, die aus Furcht vor einer Abschiebung irgendwann einmal ihre Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise erklärt haben, aber dann nicht ausgereist sind, sollen kein Bleiberecht erhalten.



Damit agiert Niedersachsen bewusst im Widerspruch zu den Hinweisen des Bundesinnenministeriums, die bei der Bewertung von Ausschlussgründen ausdrücklich einen „großzügigen Maßstab“ angelegt wissen wollen.

Aus diesen vielen Gründen erscheint uns Herr Schünemann ohne Zweifel würdig, den Titel des „Besten Abschiebeministers 2007“ zu tragen. Wir gratulieren und überreichen ihm jetzt die „Goldene Rute“.





Pressemitteilung 05.12.2007

Die „Goldene Rute“ für den „Besten Abschiebeminister 2007“

Parallel zur Innenministerkonferenz in Berlin findet auch dieses Mal eine Konferenz der Jugendlichen ohne Grenzen – JoG statt. JoG ist eine bundesweit agierende Jugendinitiative, die sich seit Jahren für Zuwanderung ohne Rassismus und ein Bleiberecht für alle einsetzt.

Im Rahmen dieser Konferenz wird auch entschieden, wer die Auszeichnung „Bester Abschiebeminister 2007“ verdient und damit den amtierenden „Besten Abschiebeminister“, Bayerns Innenminister Günther Beckstein, ablöst.

Die Wahl wird morgen auf der vom Aktionsbündnis „Hier geblieben!“ veranstalteten Pressekonferenz - aus Anlass der Innenministerkonferenz (IMK) vom 05.-07.12.07 in Berlin – bekannt gegeben.

Wann: 06. Dezember 07, 11.00 – 12.00 Uhr

Wo: Schiller-Theater-Werkstatt des GRIPS Theaters
Bismarckstr. 110, 10625 Berlin (U-Bhf. Ernst-Reuter-Platz), U 2)

Jugendliche ohne Grenzen ruft gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Hier geblieben! zu der morgigen Demonstration für Zuwanderung ohne Rassismus und ein Bleiberecht für alle auf. Diese beginnt um 17:00 Uhr mit einer Kundgebung am Alexanderplatz und führt bis zum Berliner Radisson Hotel, dem Veranstaltungsort der Innenministerkonferenz. Dort wird gegen 20:00 Uhr eine Delegation der Jugendlichen ohne Grenzen – JoG dem Sieger, passend zum morgigen Nikolaus-Tag, die „Goldene Rute“ für seine „Auszeichnung“ als „Bester Abschiebeminister 2007“ überreichen.



Ablauf Demo



Auftakt

- Anmoderation: Fine und Vanessa mit Engelsflügeln
- Jens-Uwe erklärt Ablauf der Demo
- Danae liest Demoaufruf
- JoG Rede
- Presseerklärung Pro Asyl
- Nikolausspektakel
- UNICEF-Rede zu den UNO-Kinderrechte
- Song von Jörg und Philipp

während der Fahrt

- Musik, kurze Beiträge zu konkreten Fällen, Rede zu Abu Jamal von Vertreter des Sozialforums Berlin
- 500 Flyer zum Verteilen

Abschlusskundgebung

- Open Mic
- Rede zu EU Außengrenzen
- Erich Fried Gedicht
- JoG Begründung zum Abschiebeminister 2007
- Kerzen und Tod (Stelzentheater)
- Noch ein Kampflied - Philipp (GRIPS)





Knecht Ruprecht, Knecht Ruprecht - alter Gesell,
pack deine Rute und spüte dich schnell...

Demonstration

Für Zuwanderung ohne Rassismus
und ein Bleiberecht für alle!

anlässlich der Innenministerkonferenz in Berlin

Do 6.12.2007

17.00 Uhr Kundgebungsbeginn / Alexanderplatz

17.45 Uhr Demonstrationsbeginn

18.00 Uhr Zwischenkundgebung / Innensenat Berlin

18.30 Uhr Zwischenkundgebung / Brandenburger Tor

19.00 Uhr Abschlußkundgebung / Radisson Hotel Berlin,

Karl-Liebknecht-Str. 3

(Tagungsort der IMK)

danach

Filme, Musik,

Kunst, Infos zur Flüchtlingspolitik

(6.-10.12.07) und lecker Essen & Trinken

im NewYork im Bethanien

LIEBE INNENMINISTER,
WART IHR AUCH IMMER BRAV,
HABT NICHT GEMOGELT
ODER GELOGEN, DEN MENSCHEN IN DER
NOT GEVOLFEN UND WART
FREUNDLICH UND
GUT?

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen,
rufen wir euch auf, mit uns gemeinsam am Nikolaustag
phantasievoll gekleidet und mit Gedichten und
Engelsgesängen gegen Ungleichheit und Diskriminierung
auf die Straßen zu gehen!

Für Gleichheit
und Gerechtigkeit,
für ein gleichberechtigtes
Zusammenleben
aller Menschen!



www.hier.geblieben.net

UnterzeichnerInnen:
Aktionsbundnis Hier Geblieben!, Anti-Diskriminierungsbüro (ADE), Berlin e.V., Initiativ gegen Abschiebeshaft Berlin, Antirassistische Initiative Berlin,
Bardo Aqila, 1032 Berlin, Bürgenruppe Radeborn, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Flüchtlingsrat Hamburg e.V., JoG - Jugendliche ohne Grenzen, JoG -
Bayern, JoG - Berlin, JoG - Hessen, Bleiberechtsbüro München, Flüchtlingsrat Berlin, Jugendnetz Kitzbühel,
GRIFF Initiative, Initiative gegen das Unakzeptanzsystem, Kund*innen Demokratische Gemeinde zu Berlin-Brandenburg e.V.,
Nellewek, Selbsthilfe e.V., Theater PFUTZE Nürnberg, Annabelle Ahrens, Ulla-Johanna MJB für DIE LINKE,
Jessica Tietche, Ulrich Röper, WeG ins Leben e.V., WBI/Wetzlarer Initiative für Bleiberecht Linksjugend [solid] Brandenburg

U.L.S. d.R. Aktionsbüro für Geblieben, Philipp-Wahl, Alexander-Str. 22, 10237 Berlin



Berichte zum Thema

Bleiberechts-Demo am 6.12. in Berlin

Bernd Kudanek 08.12.2007

Als ich kurz nach 17 Uhr eintraf, hatten sich gegenüber dem Weihnachtsmarkt zwischen Kaufhof Galeria und Straßenbahngleisen auf der Freifläche hinter der Weltzeituhr bereits mehrere hundert Menschen vor dem Lauti-Lkw versammelt. Nach mehreren aufwühlenden Redebeiträgen und mitreißenden künstlerischen Darbietungen, die Elend und Unrecht gegenüber MigrantInnen und Asylsuchenden in der BRD anprangerten, gab's eine humoristische Satire-Einlage mit ernstem Hintergrund. Knecht Ruprecht bedachte die bösen Innenminister unter lautstarkem Beifall des Publikums mit verdienten Rutenschlägen.

Bald darauf startete dann der Demozug vorbei am Hackeschen Markt, der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße, weiter über die Friedrichstraße und dann in die Touristenmeile Unter den Linden mit den Weihnachtsmärkten an der Staatsoper und dem Schloßplatz bis zur Karl-Liebknecht-Brücke. Auf der gesamten Demostrecke wurden die TeilnehmerInnen nicht müde, mit kämpferischen Demo-Parolen lautstark ihr Anliegen immer wieder zu skandieren.



Das Straßenpublikum, nicht nur vor dem Friedrichstadtpalast, dem Admiralspalast und den Weihnachtsmärkten, nahm nach meinen Beobachtungen unsere Hiergeblieben-Demo durchweg aufgeschlossen und positiv auf. Für allgemeines anerkennendes Schmunzeln sorgte dann die erste Stop and Run-Kurzstreckensprint-Einlage des sportlichen Blocks an der Demospitze kurz vor der Kreuzung Friedrichstraße Ecke Unter den Linden auf bis etwa 100 Meter in die weihnachtsilluminierter Touristenmeile Unter den Linden hinein.



Die Polizei hielt sich während der Demo weitgehend zurück. Als wir die Abriss-Ruine des geschleiften Palastes der Republik passierten, konnten wir schon erkennen, weiter als bis auf die Karl-Liebknecht-Brücke sollte es nicht gehen. Bullen-Mannschaftswagen, blockierten bereits die gesamte Karl-Liebknecht-Straße weit vor dem Radisson Hotel. Zunächst durfte niemand die Sperre in Richtung Alexanderplatz passieren, nicht einmal Touristen. Erst als sich die gesamte Demo etwa 100 Meter zurückgezogen hatte, die Demo-LKW-Lautsprecher nicht in Richtung Radisson Hotel sondern in Richtung Unter den Linden gerichtet waren, um die Redebeiträge der Abschlusskundgebung zu übertragen, lockerten die Bullen ihre Sperre etwas. Passanten wurden je nach Willkür des jeweiligen Bullen einzeln durchgelassen, nachdem sie befragt wurden, ob sie zur Demo gehörten. Wer von vornherein nach Demo ausschaute und dazu noch jung war, dem/der wurde kommentarlos der Durchgang verwehrt. Schließlich sollte ja die Innenministerbagage im Radisson ungestört das Abendessen einnehmen können. So konnte leider der Preis "Abschiebeminister des Jahres" nicht persönlich übergeben werden.

Quelle (gekürzt): <http://de.indymedia.org/2007/12/201760.shtml>

Hannoversche Allgemeine Zeitung: Pro Asyl kritisiert Regeln zum Bleiberecht von Flüchtlingen

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl hat die Innenminister der Länder aufgefordert, die Bleiberechts-Regelungen für langjährig geduldete Flüchtlinge nachzubessern.

Der Beschluss der Innenminister vom November vergangenen Jahres, wonach Geduldete künftig unter bestimmten Bedingungen dauerhaft in Deutschland bleiben können, sei bisher "mager" umgesetzt worden, erklärte Pro Asyl in Berlin. Die Ankündigungen einiger Innenminister, von dem Beschluss würden bis zu 60.000 Geduldete profitieren, habe sich als deutlich zu hoch erwiesen. So seien zum Stichtag 30. September 2007 nur knapp 20.000 Aufenthaltserlaubnisse erteilt worden.





Die Innenminister von Bund und Ländern hatten sich im November 2006 darauf geeinigt, langjährig geduldeten Ausländern ein Bleiberecht zu geben. Voraussetzungen für ein Aufenthaltsrecht sind, dass sie mindestens acht Jahre in Deutschland leben. Bei Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind sind nur sechs Jahre Aufenthalt notwendig. Zudem müssen sie ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis nachweisen. Geduldete ohne Arbeitsverhältnis hatten bis zum 30. September 2007 Zeit, sich einen Arbeitsplatz zu suchen.

Pro Asyl kritisierte, dass sich einige Bundesländer nur unzureichend auf die Bearbeitung der Anträge vorbereitet hätten. So seien beispielsweise im Saarland zum Stichtag von 788 Anträgen 572 noch nicht bearbeitet worden. In diesem Bundesland hätten gerade einmal sechs Prozent der Antragsteller eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, während es in Hessen fast 40 Prozent und in Bayern fast 48 Prozent seien. Pro Asyl forderte deshalb, dass die Innenminister das Thema bei ihrer Tagung am Donnerstag und Freitag noch einmal auf die Tagesordnung nehmen sollten.

Quelle: <http://www.haz.de/newsroom/politik/zentral/politik/art1013,176170> vom 06.12.07

Dagdelen und Jelpke (LINKE): Innenminister müssen handeln

Wer dem Kriegschaos im Irak entfliehen muss, hat in Deutschland nur geringe Chancen, Schutz zu finden.

Berlin (LiZ). Die migrationspolitische Sprecherin, Sevim Dagdelen, und die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, kritisieren die Behandlung von Geduldeten und Flüchtlingen und fordern die Innenminister von Bund und Ländern auf, "die Mogelpackung Bleiberecht" auf die Tagesordnung ihrer Konferenz zu nehmen: "Die aktuellen Regelungen zum Asyl- und Aufenthaltsrecht verdeutlichen", so Dagdelen, "dass es der Bundesregierung am politischen Willen fehlt, die Abschiebepaxis wirklich zu stoppen".

Lächerliche zehn Prozent der rund 200.000 Menschen, die sich länger als sechs Jahre in Deutschland aufhalten, hätten eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Ursache seien die viel zu hohen Anforderungen für das Bleiberecht. "Der geforderte Nachweis eines Arbeitsplatzes ist für viele eine unüberwindbare Hürde und die Passpflicht ein weiteres Verhinderungsinstrument. Wer keinen Pass vorlegen kann, erhält kein Bleiberecht und ohne Pass auch keine Arbeit", so Sevim Dagdelen.

Die jetzige Regelung sei keine humane Lösung, sondern eine sozialökonomische Selektion. "Die Bundesregierung betreibt mit ihrer Migrationspolitik Flüchtlingsabwehr und Menschauslese nach ihrer Nützlichkeit für den globalen Standortwettbewerb", kritisierte Dagdelen.



Ulla Jelpke fordert, die Praxis der so genannten Widerrufsprüfungen bei Asylentscheidungen abzuschaffen. Die Bundesregierung habe heute in einer Antwort auf eine kleine Anfrage mitgeteilt, dass seit Juli vorigen Jahres 3058 irakischen Flüchtlingen der Status als Asylberechtigter bzw. Flüchtling aberkannt worden ist. Das entspreche, bei 4338 Entscheidungen, einer Aberkennungsquote von rund 70 Prozent.

"Mehr als 20.000 weiteren Irakern steht eine solche Prüfung noch bevor, und damit verbunden die Verschlechterung des Aufenthaltsstatus bzw. gar eine drohende Abschiebung", so Jelpke. "Diese flüchtlingsfeindliche Widerrufspraxis existiert nur in Deutschland. Die Innenminister sollten diesen Sonderweg schnellstens wieder aufgeben."

Die beiden Abgeordneten solidarisieren sich mit den Protesten für ein umfassendes Bleiberecht, wie sie heute und morgen anlässlich der Innenministerkonferenz von Initiativen wie "Jugendliche ohne Grenzen" oder "Hiergeblieben" durchgeführt werden.

Quelle: <http://linkszeitung.de/content/view/155144/42/> vom 05.12.07

6.12.07

Erwartungen der Flüchtlinge unerfüllt

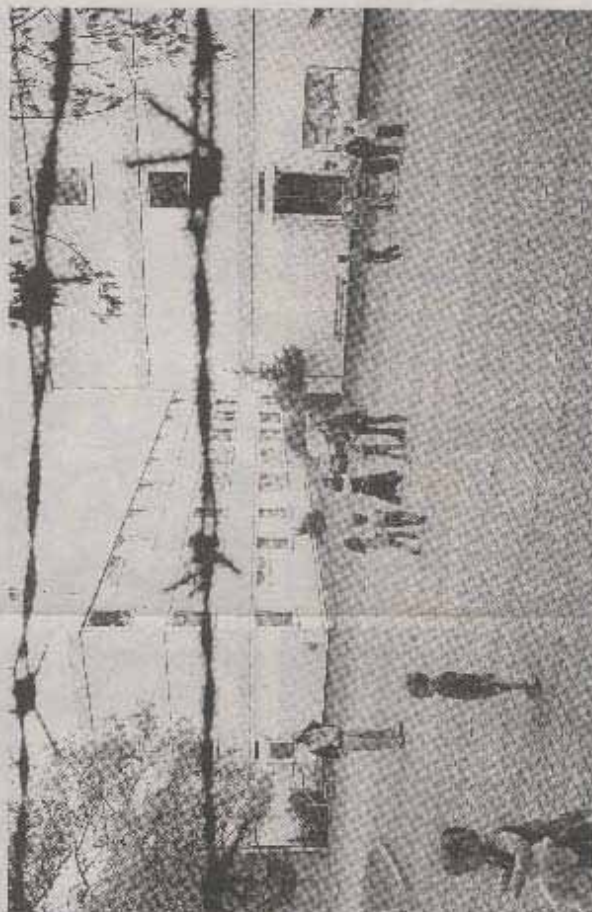
Vor einem Jahr beschlossen die Innenminister ein Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer

Von Martin Giese

Flüchtlingspolitik sucht man auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz (IMK), die ab heute auf Einladung von Innenminister Friedrich Körtig (SPD) im Radisson in Mitte tagt, vergeblich. Bei der vorletzten Innenministerkonferenz im November 2006 sah das anders aus. Damals war das lange geforderte Bleiberecht beschlossen worden – eine Aufenthaltserlaubnis für 190.000 langjährig Geduldete in der Bundesrepublik schien in greifbarer Nähe.

Einer der ersten Flüchtlinge, die in Berlin von der Regelung profitierten, war Ibrahim Kanalan. Sie hat Ende Januar 2007 eine gestrichelte Aufenthaltserlaubnis erhalten, berichtet der 26-jährige Kurde. Zwar war Kanalan Asyl Antrag endgültig abgelehnt worden, er konnte jedoch ein den »Lebensunterhalt sicherndes dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis« vorweisen – die Hauptbedingung für ein gestricheltes Aufenthaltserrecht. Seitdem ist es Kanalan möglich, sein Jurastudium fortzusetzen und als Referendar zu arbeiten.

Sobald Kritik an der Regelung und ihrer Umsetzung bei Kanalan, der sich seit Jahren bei der antirassistischen Organisation »Jugendliche ohne Grenzen« engagiert, dennoch nicht aufgegeben. Auch heute will er die Jugendlichen wieder parallel zur Straße gehen, um für ein »Bleiberecht einzutreten, das diesen Männern auch verdolte« Als besorgter »Stuhlmacher« an der Regelung empfand er, dass man einen Job vorweisen muss, um einen Aufenthalt zu bekommen, meint Kanalan.



Immer noch geduldet: Flüchtlinge werden statt in Wohnungen im Lager Metzdorferstraße untergebracht. MD-Photo: B. Lange

Eine Sicht, die auch der Berliner Flüchtlingsrat teilt. Ein Jahr nach der Verkündung hat sich die Erwartung der Flüchtlingsorganisationen nicht erfüllt. »Wir haben uns von dem ursprünglich politisch erklärten Willen in Berlin, eine Bleiberechtspolitik umzusetzen, mit der, sagt Jens-Uwe Thomas von der Flüchtlingsrat. Seit aus Berlin zu lernen, während die Ausschüsse Gründe im rot-roten Berlin besonders richtig ausgelegt. Das habe sich auch zeigen bei den Ausweisungswahlen der Ausländerbehörde zu Ablehnungsbefehlen gezeigt.

Außerdem betrafen die Flüchtlingsgruppen seit Jahren die Verfahrensweise der Ausländerbehörde. »Es gibt eine Grundhaltung der Behörde, verschleppt und restriktiv vorzugehen«, meint Thomas. Ein Urteil, das sich in den Zahlen der Innenverwaltung widerspiegelt.

Damit haben von 8900 langjährig geduldeten Ausländern rund 3000 einen Antrag gestellt. 583 Anträge wurden positiv beschieden, 466 abgelehnt. Bei rund 2000 Verfahren steht eine Entscheidung in-

des aus – obwohl ein Jahr vergangen ist. »Damit steht Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern ganz hinten«, erklärt der Grünen-Abgeordnete Benedikt Lux. Auch in der LINKEN sieht die Bleiberechtspraxis in der Kritik. Das wurde zuletzt im Innenausschuss deutlich. Auf die Vorwürfe Körtings, manche Migranten würden bewusst »übersteuern«, entgegnete Udo Wolf (LINKE): »So ähnlich ist das Leben nicht. Willy Brandt habe sein Asyl in Norwegen niemals erreicht, wenn er die Behörden nicht getäuscht hätte.«

• Am 1. Januar 2005 tritt nach langjährigen Verhandlungen und Debatten das Zuwanderungsgesetz in Kraft, mit dem die rot-grüne Bundesregierung eine Zuwanderung nach Deutschland regelt. Die von den ursprünglich geplanten Einwanderungsbedingungen in die Bundesrepublik blieb indes wenig übrig.

• Obwohl anders von Bundesrat angekündigt, bleiben die Bestimmungen zu »Ketteneinstellungen« von Flüchtlingen und Asylbewerbern, deren Abschiebung lediglich ausgesetzt ist, im Zuwanderungsrecht unangefastet. In der Bundesrepublik leben nach Schätzungen 190.000 »Geduldete«, davon etwa 80.000 in Berlin.

• Im November 2006 beschließen die Innenminister auf ihrer Ministerkonferenz ein »Bleiberecht. Bei Vorlage einer »Existenzsichernden Beschäftigung« soll ein »Geduldeter« einen Aufenthaltstitel erhalten. Voraussetzung ist, dass Funktion sechs Jahre in Deutschland leben. Allerdings: Heute müssen acht Jahre in der Bundesrepublik sein. Ausgenommen sind Personen, die straffällig geworden sind.

• Der Beschluss der Innenminister wird im August 2007 durch eine Abfahrgelung ersetzt. In § 114a des Aufenthaltsgesetz ist geregelt, dass eine Aufenthaltserlaubnis auch ohne Nachweis eines Arbeitsplatzes erteilt werden kann. Die endgültigen Ausreisegestimmungen, die jeder Bundesland erteilt, sind für Berlin wieder unbekannt (IMK)





ND Freitag,
7. Dezember 2007

Bleiberecht bleibt draußen

Migranten- und Flüchtlingsgruppen kritisieren Innenminister

Kritik an der Flüchtlingspolitik der Innenministerkonferenz (IMK) übten gestern Migranteninitiativen und Flüchtlingsorganisationen zu Beginn der IMK-Konferenz in Berlin.

Berlin (Agenturen/ND). Ein Jahr nach dem Bleiberechtsbeschluss der IMK ist der Aufenthalt der meisten langjährig Geduldeten auch weiterhin unsicher. Gegenüber früheren Ankündigungen der Ressorts von Bund und Ländern seien bis Ende September nur 20 000 statt der erwarteten 60 000 Aufenthaltsgenehmigungen erteilt worden, kritisierte die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl am Donnerstag in Berlin. Zudem ergäben sich bei der Erteilungspraxis der Behörden ganz erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen oder ganzen Bundesländern. Im November 2006 hatten sich die Innenminister der Länder auf ein dauerhaftes Bleiberecht für geduldete Ausländer geeinigt, die mehr als sechs Jahre in Deutschland leben und bis 2009 eine Arbeitstelle nachweisen können.

Dadurch, dass sich die am Donnerstag in Berlin begonnene Herbsttagung der Innenminister nicht mehr mit diesem Thema beschäftigen wollte, vermieden es die politisch Verantwortlichen, sich mit den Folgen ihres Tuns auseinanderzusetzen, kritisierte Pro Asyl. Ebenso stelle es ein Versäumnis dar, sich nicht über den weiteren Umgang mit Flüchtlingen aus bestimmten Herkunftsändern



Stein des Anstoßes: 16 Herren, die sich derzeit in Berlin treffen

Foto: dpa

zu verständigen. So sei angesichts der unsicheren Lage in Nordirak und in Kosovo ein Abschiebestopp für Menschen aus diesen Regionen notwendig, forderte Pro Asyl. Ebenso müssten die Bundesländer einer Empfehlung des Bundesinnenministeriums folgen, wegen des Bürgerkriegs in Sri Lanka einen formellen Abschiebestopp für Tamilen aus dem Norden und Osten des Landes zu verhängen.

Ebenfalls am Donnerstag hatte die Flüchtlingsorganisation »Jugendliche ohne Grenzen« den niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann (CDU) mit der »Goldenen Rute« zum »Abschiebeminister der Jahres« erklärt. Grund sei die sehr restriktive Umsetzung der Bleiberechtsregelung in Niedersachsen, sagte ein Spre-

cher des Berliner Flüchtlingsrates dem epd. Im Vorjahr hatte sie der damalige bayerische Innenminister und heutige Ministerpräsident Günther Beckstein erhalten.

Zum Auftakt der Innenministerkonferenz protestierten auch Migranteninitiativen für einen gesicherten Aufenthalt von Flüchtlingen in Deutschland. Die Demonstration, zu der das Bündnis »Hier geblieben« aufgerufen hatte, stand unter dem Motto »Für Zuwanderung ohne Rassismus und ein Bleiberecht für alle«. Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz hätten Bundestag und Bundesrat zahllose Verschärfungen beschlossen, ließ es in dem Demo-Aufruf, den u. a. die Flüchtlingsräte von Niedersachsen, Hamburg und Berlin unterzeichnet haben.

Quelle: Neues Deutschland, vom 08.12.07



Jugendliche ohne Grenzen



Impressum

GRIPS TheaterPädagogik
Aktionsprogramm Hier geblieben!
Altonaer Str. 22
10557 Berlin



www.hier.geblieben.net
www.jogspace.net

Redaktion: Esther Vorwerk, Jacob Keller, Philipp Harpain
Texte: u.a. von JoG

Dank an: Tobias Klaus, Marc Speer, Christine Erler, Siegfried Pöppel (Jumbo), Jens-Uwe Thomas, Susanne Lipp, Jürgen Scheer, Nora Schruth, Markus Pötter und Timmo Scherenberg

Konferenz gefördert durch:



EVANGELISCHE KIRCHE
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz



Dokumentation gefördert durch:



Druck: KOPIERART Schönhauser Allee 133, 10437 Berlin



Jugendliche ohne Grenzen

